

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/224

21. November 1972

Die Dokumentation der SPD

Totalbild der gegnerischen Agitation und Hetze
Seite 1 und 2 / 57 Zeilen

Ein Aufatmen ging durch die Welt

Zum Auslandsecho auf das Ergebnis der Bundes-
tagswahlen

Seite 3 / 47 Zeilen

Vor dem Treffen Brandt-Gierek

Der 19. November und das deutsch-polnische
Verhältnis

Seite 4 / 50 Zeilen

Nachruf für einen Sozialdemokraten

Die Verdienste Erich Gerlachs für Volk, Partei
und Staat

Von Dr. Peter von Oertzen MdL
Vorsitzender des SPD-Landesausschusses Nieder-
sachsen

Seite 5 und 6 / 56 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120-408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 698 846 / 898 847
698 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die Dokumentation der SPD

Totalbild der gegnerischen Agitation und Hetze

Der SPD-Vorstand hat auf Vorschlag des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers Willy Brandt die rasche Anfertigung einer Dokumentation beschlossen, die in umfassender Detailarbeit ein Totalbild der gegen die SPD und gegen ihre Führung gerichteten Wahlkampagne geben wird. Ein auch raumübliches Hauptkapitel wird dabei der Hetzagitation gewidmet sein, die aus dem breiten Raum der "Unions"-Parteien mit allen ihren Schattierungen in einer Weise hervorgebrochen ist, die, sobald diese Dokumentation vorliegt, vermutlich auch weit in die Reihen der CDU hinein Schrecken, Abscheu und Scham auslösen wird. Schon jetzt soll dazu angemerkt werden, daß sich die CDU- und die CSU-Führung als solche zu keinem Zeitpunkt offiziell und formell von diesen scheußlichen Auswüchsen distanziert haben, die sich in den Dienst der "Unions"-Parteien gestellt haben. Wie diese Zurückhaltung der Oppositionszentralen zu beurteilen ist, darauf möge jeder selbst seine Antwort finden.

Willy Brandt hat vor der ersten Nachwahlsitzung des SPD-Vorstandes betont festgestellt, daß die siegreiche Regierungspartei nicht kleinlich sein wolle. Da, wo in der Hitze einer Wahlversammlung-Auseinandersetzung harte Worte gefallen sind, dort sollen sie dem genius loci gerade auch regionaler Art zugeschrieben und vergessen werden. Aber damit, so stellte Brandt unter dem Beifall des ganzen Parteivorstandes fest, ist keineswegs alles vom Tisch, was in diesen Wochen - ganz abgesehen von der üblen Hetze, der besonderes Augenmerk auch in Richtung ihrer Verursacher und Verantwortlichen gilt! - geschehen ist! Über ein paar Dinge müsse ernsthaft geredet werden.

Die Dokumentation wird also etwa zu zeigen haben, welche, notwendigerweise geschätzten, Millionensummen von bestimmten

Gruppen der Wirtschaft in die "Unions"- Agitation gepumpt worden sind, um einen Klassenkampf von oben gegen einen "Sozialismus" zu entfesseln, den CDU und CSU als "Buhmann" für den deutschen Bürger aus der Mottenkiste des deutschnational-reaktionären Wortschatzes herausgeholt haben. Die Dokumentation wird sich weiter mit dem hemmungslosen Einsatz bestimmter Großverleger zu befassen haben, die ihre konzentrierte Pressemacht ausschließlich gegen die SPD und zum Teil auch gegen die FDP eingesetzt haben und dabei auch vor Methoden nicht zurückgeschreckt sind, die, in der Dokumentation erst einmal aufgezeigt, mit Kopfschütteln allein nicht mehr abzutun sein werden. Diese Dokumentation schließlich wird sich auch mit Vorgängen in anderen Massenmedien zu beschäftigen haben, die mit dem öffentlichen Auftrag nichts mehr zu tun haben. Wie das Sonderproblem beispielsweise, daß eine aus Steuergeldern aller Staatsbürger, also auch und gerade sozialdemokratischer Staatsbürger, bezahlte Institution eine Sendung ausstrahlt, die ausschließlich der Agitation gegen die SPD und gegen die sozialliberale Regierung gewidmet ist. Dieses Sonderproblem wird auch auf den Tisch zu legen sein.

Man sieht schon aus diesen ersten Andeutungen, welchen großen Wert diese Dokumentation haben wird und welche Bedeutung ihr für die Demokratie und für den Staat, damit also für jeden einzelnen Staatsbürger zukommt. Die Dokumentation wird schon allein für sich wirken können. Aber über die in ihr nachgewiesenen Vorgänge wird, das hat Brandt angekündigt, auch geredet werden müssen, und diese Diskussion wird deutlich und entschieden werden. (ee/21.11.1972/hgy/ee)

+ + +

Ein Aufatmen ging durch die Welt

Zum Auslandsecho auf das Ergebnis der Bundestagswahlen

Mit großer Erleichterung hat fast die ganze Welt das Ergebnis der Bundestagswahlen vom 19. November zur Kenntnis genommen. Davon zeugt das Echo der Auslandspresse in Nord und Süd, in West und Ost, dafür zeugen die Sympathiebeweise vieler Regierungen. Die hier und da vor der Wahlentscheidung der 40 Millionen Bundesbürger aufgetretenen Zweifel über die Kontinuität deutscher Politik sind beseitigt; die lange Frage, ob die Regierung der sozialliberalen Koalition den gewaltigen Ansturm der Unions-Parteien standhalten könne, hatte vielen Freunden unseres Volkes große Sorgen bereitet. Sie ist nun behoben.

Die Deutschen befinden sich mit der Bestätigung der Regierung Brandt/Scheel durch den Staatsbürger im Einklang mit Europa, schrieb die Belgrader "Politika", und diese Wertung findet sich in vielen Stimmen auch der westlichen Presse. Unter der dreijährigen Regierung Brandt/Scheel hat sich die politische Landschaft Europas radikal verändert, wurde der Kalte Krieg beendet, begann die Phase des Überganges von der Konfrontation zur Kooperation und setzte die erfolgreiche Suche nach einer Verständigung auch mit unseren östlichen Nachbarn ein, ohne daß dabei die Bindungen zu unseren Verbündeten gelockert wurden. Sie sind sogar fester gekittet worden, denn die unter aktiver Mitwirkung der Bundesrepublik zustandgekommene Erweiterung der EWG gab dem großen Werk der europäischen Einigung einen starken Auftrieb.

Die auf solidere Sicherung des Friedens bedachte Politik der Bundesregierung hat es - diesen Zusammenhang muß man sehen - den amerikanischen Präsidenten Richard M. Nixon erleichtert, den Brückenschlag zu China zu finden und die Beziehungen mit der zweiten Welt-Supermacht Sowjetunion von friedensbedrohenden Spannungen zu befreien. Der Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR und seine noch in diesem Jahr zu erfolgende Unterzeichnung nimmt den jetzt ablaufenden "Konferenzen über Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa" und über eine gleichzeitige und gleichwertige Minderung der Rüstungen und der Truppenstärke in West und Ost eine schwere Last ab; sie können ihr Werk beginnen, ohne von deutschen Querelen behindert zu sein.

Die von Brandt/Scheel geführte Bundesregierung erwarb dadurch ein ungewöhnlich hohes Ansehen in der Welt. Die Wahlentscheidung vom 19. November hat dieses Ansehen noch vermehrt und der Stimme der Bundesrepublik im Chor der Völker erhöhte Beachtung gegeben. Über den weiteren Weg deutscher Politik gibt es keine Ängste und Befürchtungen mehr. Er fügt sich ein in die allgemeinen Bemühungen, durch Überwindung von Gegensätzen den Frieden sicherer zu machen und den Völkern Europas ein Leben ohne Furcht voreinander zu ermöglichen.

In der Tat: Die mit so großer Mehrheit erfolgte Bestätigung der Regierung Brandt/Scheel ist ein Ereignis von weltweiter Bedeutung. Ein Blick in die Weltpresse bestätigt dies. Es löste eine Welle des Aufatmens und allgemeiner Zustimmung aus. Über der deutschen Politik hängen keine bedrückenden Fragezeichen mehr. Diese beglückende Feststellung konnte noch zu keiner Zeit dieses Jahrhunderts getroffen werden.

(ae/21.11.1972/bgy/ex)

+ + +

Vor dem Treffen Brandt-Gierek

Der 19. November und das deutsch-polnische Verhältnis

Daß der überzeugende Wahlerfolg von Willy Brandts Sozialdemokraten und Walter Scheels FDP vor allem ein Sieg der Entspannungspolitik zwischen Ost und West sei, das sagt man jetzt, wie überall in den östlichen Hauptstädten, auch in Warschau. Das Wahlergebnis wird also als klare Zustimmung der westdeutschen Bevölkerung zu den Ostvorträgen gedeutet, und man leitet davon ab, daß die eigene Politik mit Bonn und damit überhaupt die Entspannungspolitik mit dem Westen erfolgreich und also auch richtig war. Kurz: Die Skeptiker und Gegner in Polen, denen die Annäherung an Bonn und die damit verbundenen Kontakte mit Sozialdemokraten Unbehagen bereiten, haben eine Schlappe erlitten. Die Stellung der für die amtliche Politik Verantwortlichen in Warschau ist dagegen gestärkt worden.

Nachdem zwischen Warschau und Bonn bereits diplomatische Beziehungen hergestellt, Botschaften eingerichtet und Botschafter ausgetauscht sind, geht es nun für die eben durch den Wahlerfolg vom 19. November so eindeutig bestätigte Politik der Führungen in den beiden Hauptstädten darum, das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen im Sinne des Warschauer Vertrages auszugestalten. Seit dem September-Besuch des polnischen Außenministers Stefan Olchowski bei Bundesaußenminister Walter Scheel sind die Vorstellungen beider Seiten bekannt. Nachdrücklich wiederholt worden ist von den Polen unterdessen das Interesse an neuen, weitreichenden wirtschaftlichen Vereinbarungen, die mit Kooperationsfragen und der Finanzierung von Kooperationsvorhaben zusammenhängen. Darüber und überhaupt über den ganzen Katalog der Vorstellungen wird nun im Laufe der Zeit neu und weiter zu sprechen sein, sozusagen in Ergänzung mit der gerade begonnenen Tätigkeit der Botschaften beider Staaten. In diesem Zusammenhang mag die schon seit Monaten ins Auge gefaßte erste Begegnung zwischen dem Bundeskanzler und SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek demnächst die Gemüter auf beiden Seiten beschäftigen.

In Bonn mehr noch als in Warschau dürfte man heute zufrieden sein damit, daß diese vermutlich einmal als historisch zu wertende Begegnung bis über die Wahlen vom 19. November hinaus aufgespart worden ist. Denn nun wird der Pole Edward Gierek auf einen Willy Brandt treffen, dessen Ost- und Deutschlandpolitik, einschließlich des Grundvertrags mit der DDR, von einer überzeugenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung getragen wird: also auf einen in seiner Legitimation beträchtlich gestärkten Vertreter der Westdeutschen. Das wird zweifellos der Begegnung und dem künftigen Klima der Beziehungen zwischen Volkspolen und der Bundesrepublik Deutschland nur dienlich sein.

Die mit dem Wahlergebnis in der Bundesrepublik deutlich gewordenen stürmische Veränderung der öffentlichen Meinung in Richtung auf Entspannung und Verständigung fordert allerdings auch zu der Frage heraus, ob die auf Jahrzehnte angelegte Annäherung zwischen Warschau und Bonn nicht doch forciert werden muß, wenn man nicht - auf lange Sicht - auf Unverständnis stoßen will: bei den Deutschen in der Bundesrepublik aber auch bei den Menschen in Polen.

(wg/21.11.1972/ks/ex)

Nachruf für einen Sozialdemokraten

Die Verdienste Erich Gerlachs für Volk, Partei und Staat

Von Dr. Peter von Oertzen MdL

Vorsitzender des SPD-Landesausschusses Niedersachsen

Am 13. November ist im Alter von 62 Jahren ganz plötzlich Erich Gerlach verstorben. Er war seit 1947 direkt gewählter Landtagsabgeordneter von Northeim und eines der dienstältesten Mitglieder des niedersächsischen Landtages. Er war lange Jahre Landrat des Kreises Northeim sowie Unterbezirksvorsitzender und Bezirksvorstandsmitglied. Seit vielen Jahren war er Vorsitzender des Kultusausschusses im niedersächsischen Landtag.

Dies war die eine und auch der Öffentlichkeit bekannte Seite seines politischen Wirkens. Die andere, fast völlig unbekante, war unvergleichlich viel bedeutender. Sie ist ohne einen kurzen Blick auf seinen Lebensweg nicht zu verstehen. Erich Gerlach war der Sohn eines Eisenbahners, der ein aktiver Gewerkschaftler und Sozialdemokrat gewesen war. Er hatte - für einen Arbeitersohn in seiner Zeit noch eine seltene Ausnahme - die Möglichkeit das Gymnasium zu besuchen und begann sein Studium mitten in der grossen Krise der Weimarer Republik. Sehr schnell trieb es den jungen Studenten nach links. Er trat der KPD bei und begegnete dort in den innerparteilichen Diskussionen den Ideen Troztkis. 1932 wurde er wegen "linker Abweichung", d.h. wegen selbständigen Denkens, aus der KPD ausgeschlossen. Er trat der zwischen SPD und KPD stehenden "Sozialistischen Arbeiterpartei" bei und ging nach Hitlers Machtübernahme für einige Jahre ins Ausland, um dort das Studium der Volkswirtschaft abzuschliessen. Nach Deutschland zurückgekehrt, überstand er das NS-Regime in der freien Wirtschaft und später als einfacher Soldat an der Front.

1945 gehörte er zu den Wiedergründern der SPD und war in ihr

als Parlamentarier und Funktionär aktiv tätig. Daneben aber entfaltete er eine umfangreiche und außerordentliche wissenschaftliche und pädagogische Tätigkeit. Zwei Probleme bewegten den überzeugten Marxisten Gerlach: Die schreckliche Dogmatisierung der marxistischen Theorie im sogenannten "Kommunismus" und die Versöhnung von Freiheit und Planung im Sozialismus. Er beherrschte sowohl die marxistische Ökonomie als auch die offizielle Volkswirtschaftstheorie bis in ihre feinsten Verästelungen. Zugleich studierte er die Geschichte der Arbeiterbewegung und suchte in ihr nach historischen Beispielen für einen revolutionären und dennoch freiheitlichen Sozialismus. Er fand solche Vorbilder im spanischen Syndikalismus und in der Tradition der Rätebewegung.

Mit unzähligen Vorträgen und Zeitschriftenaufsätzen und in den letzten Jahren als Lehrbeauftragter an der Technischen Universität Hannover hat Erich Gerlach einen kleinen Kreis von denkenden und kritischen Sozialisten nachhaltig beeinflusst. Er besaß eine natürliche und selbstverständliche Autorität, die aus der Überlegenheit seines Wissens und seiner Urteilskraft entsprang. In der Diskussion mit ihm wurden auch die Radikalsten und dogmatischsten jungen Linken bescheiden und nachdenklich. In den letzten Jahren wandte er sich immer mehr der reinen wissenschaftlichen Arbeit zu. Die Wiederherausgabe der Werke von Karl Korsch ist im wesentlichen sein Verdienst. Für die nächste Zeit plante er eine Geschichte der spanischen Revolution von 1936 bis 1939 und ein grundlegendes Werk über die ökonomische Theorie des Marxismus. Beide Bücher werden nun nie geschrieben werden. Was bleibt, ist die Erinnerung an einen noblen Menschen, einen zuverlässigen Genossen und einen wahrhaft großen und schöpferischen Geist - und das fast verzweiflungsvolle Gefühl der Trauer über einen unersetzlichen Verlust.

(-/21.11.1972/ks/ee)